

Zionistische Ideologie im »internationalistischen« Mäntelchen

Theodor Bergmann,
Der 100-jährige Krieg um Israel.
Eine internationalistische Position zum Nahostkonflikt,
86 Seiten, VSA-Verlag, Hamburg 2011

Der Verfasser Theodor Bergmann nimmt für sich in Anspruch, dass seine Bewertung der historischen Entwicklung Israels und seiner vergangenen und aktuellen Politik auf der Position eines »kritischen Kommunismus« und »revolutionären Internationalismus« basiert. Er beruft sich dabei unter anderem auf Rosa Luxemburg, August Thalheimer, Lenin, Isaac Deutscher. Seine Solidarität gelte »überall den Werktätigen, den verfolgten Kommunisten und Sozialisten, den Unterdrückten.« Der folgende Beitrag untersucht deshalb, ob der Verfasser seine selbst gesetzten Voraussetzungen – einen Klassenstandpunkt zu vertreten – tatsächlich einlöst oder ob die behauptete marxistische Herangehensweise nur ein Mantel ist, unter dem die existierenden Unterdrückungsverhältnisse in Israel/Palästina gerechtfertigt und verteidigt werden. Dazu werden drei Schwerpunkte¹⁾ herangezogen, mit denen sich Theodor Bergmann in seiner Broschüre auseinandersetzt:

- seine Bewertung des Zionismus
- seine Bewertung der Kriege, die der Staat Israel seit seiner Gründung führte
- seine Auseinandersetzung mit Lösungsvorschlägen

Der Zionismus – eine Befreiungsbewegung?

Der Titel der Broschüre zeigt die israelische Staatsflagge mit dem bekannten »David-Stern«, die sich kreuzt mit einer roten Fahne der kommunistischen Bewegung, die das Emblem »Hammer und Sichel« trägt²⁾. So soll dem Leser offenbar vermittelt werden, dass es keinen Gegensatz zwischen Zionismus und kommunistischer Bewegung gebe: »Der Zionismus war eine der vielen nationalen Befreiungsbewegungen des 20. Jahrhunderts, deren historische Berechtigung Marxisten anerkannt haben« (S. 25).

An anderer Stelle behauptet der Verfasser eine »friedliche ideologische Koexistenz« zwischen der **Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands** (SDAPR) und der 1906 gegründeten Partei **Poale Zion** (Arbeiter Zions) »Der ost- und westmitteleuropäische Zionismus hatte und behielt einen sozialistischen Charakter.« »Diese Poale Zion wollte eine säkulare Einwanderung nach Palästina als

1) Über die drei Schwerpunkte hinaus bietet die Broschüre eine Vielzahl von diskussionswürdigen Einschätzungen und Urteilen, die wir hier aber wegen der Schwerpunktsetzung nicht aufgreifen wollen.

2) Das Motiv ist 1948 aus Anlass der Gründung einer sowjetischen Botschaft in Israel von der dortigen Kommunistischen Partei auf einem Plakat veröffentlicht worden.

3) der »Bund jüdischer Arbeiter« war eine Sektion der 1898 gegründeten SDAPR mit einem besonderen Autonomie-Status. Sie war 1897 in Vilnius gegründet worden als »Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund von Litauen, Polen und Russland«. Die Mehrheit der »Bundisten« identifizierte sich mit dem Postulat »Hiersein und Bleiben«, eine Absage an die zionistische Aufforderung, nach Palästina auszuwandern.

Arbeiter und Bauern. Sie waren keine Kolonialherren, sondern selbstarbeitende Kolonisten.« (S. 11)

Von Beginn an gab es zwischen Teilen der jüdisch-sozialistischen Bewegung, so wie sie sich seit 1897 organisatorisch im »**Bund jüdischer Arbeiter**«³⁾ ausdrückten, und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) Widersprüche, die immer wieder zu Auseinandersetzungen führten. Allerdings blieben die Teile der jüdischen Arbeiterbewegung in Osteuropa, die Sympathien für zionistisches Gedankengut hegten, bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges eine Minderheit.

Letztendlich handelte es sich um die Frage, ob die bedrückende Lage der jüdischen Bevölkerung im zaristischen Russland einer besonderen Lösung und eines besonderen Kampfes bedurfte und damit auch einer separaten Organisation oder ob sie nur durch einen gemeinsamen Kampf aller vom Zarismus Unterdrückten zu lösen sei.

Für eine Minderheitsfraktion des »Bundes«, die sich 1903 von der SDAPR abgespaltete, und andere linkszionistische Organisationen war die durch den Niedergang des Feudalismus proletarisierte und verarmte jüdische Bevölkerung nicht ein besonderer Teil der russischen Arbeiterklasse, sondern eine eigene »jüdische Nation«, ein »jüdisches Volk«.

Dagegen stand für Lenin, Rosa Luxemburg und andere Kommunisten der gemeinsame Kampf aller Ausgebeuteten im Vordergrund und nicht die Schaffung eines besonderen »jüdischen Sozialismus« auf einer nationalen Grundlage. Eine friedliche Koexistenz beider Ideologien gab es nicht und wird vom Verfasser herbeifabuliert, um die grundsätzlichen Gegensätze zwischen zionistischer Ideologie und Sozialismus zu verschleiern.

Da sich der Autor auch auf Lenin beruft, sei eine Stellungnahme Lenins zitiert, mit der dieser in die Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern des »Bundes« und der SDAPR eingreift: »Die wissenschaftlich völlig unhaltbare Idee eines besonderen jüdischen Volkes ist ihrer politischen Bedeutung nach reaktionär. Den unwiderleglichen praktischen Beweis hierfür liefern die allgemein bekannten Tatsachen der jüngsten Geschichte und der gegenwärtigen politischen Wirklichkeit. In ganz Europa ist der Verfall des Mittelalters und die Entwicklung der politischen Freiheit Hand in Hand gegangen mit der politischen Emanzipation der Juden, mit ihrem Übergang vom Jiddischen zur Sprache desjenigen Volkes, in dessen Mitte sie leben, und überhaupt mit einem zweifellosen Fortschreiten ihrer Assimilierung an die sie umgebende Bevölkerung. Sollen wir etwa zu den hausbackenen Theorien zurückkehren und erklären, daß gerade Rußland eine Ausnahme bildet, obgleich dank dem



im jüdischen Proletariat erwachten heroischen Selbstbewußtsein die Befreiungsbewegung der Juden in Rußland viel tiefer und umfassender ist? Kann man etwa die Tatsache, daß gerade die reaktionären Kräfte ganz Europas und namentlich Rußlands gegen die Assimilation des Judentums zu Felde ziehen und bestrebt sind, seine Absonderung zu verewigen, als Zufall erklären? Die jüdische Frage steht so und nicht anders: Assimilation oder Absonderung? - und die Idee der jüdischen 'Nationalität' trägt offen reaktionären Charakter nicht nur bei ihren konsequenten Anhängern (den Zionisten), sondern auch bei denen, die versuchen, sie mit den Ideen der Sozialdemokratie in Einklang zu bringen (den Bundisten). Die Idee der jüdischen Nationalität widerspricht den Interessen des jüdischen Proletariats, da sie in ihm unmittelbar und mittelbar eine der Assimilation feindliche Stimmung, eine ›Getto-Stimmung erzeugt.«

(Lenin, Werke, Band 7, S. 90 – 91)

In letzter Konsequenz stellte sich für die jüdischen ArbeiterInnen um die Jahrhundertwende die Frage: Wollen wir eine Lösung an der Seite der arbeitenden Bevölkerungen im gemeinsamen Kampf um den Sozialismus oder wollen wir eine »nationale« Lösung in Palästina, die uns aber an die Seite einer imperialistischen »Schutzmacht« treibt. Zwei Richtungen schälten sich heraus: Die erste betonte die soziale Frage, die zweite betonte die (für ein als gegeben vorausgesetztes jüdisches Volk) die nachzuholende »nationale« Frage. Trotz dieser Betonungen gab es eine große Gemeinsamkeit zwischen »linken« Zionisten (z.B. Poale Zion) und bürgerlichem Zionismus: Beide gingen nicht vom Klassenstandpunkt aus, sondern stellten die »jüdische Volksgemeinschaft« an die erste Stelle. Und für diese jüdische Volksgemeinschaft sollte eine gemeinsame nationale Heimstätte geschaffen werden.

Bergmann verteidigt diese zionistische Ideologie, denn für ihn waren »die Juden offenbar doch ein Volk« (S. 12), das dann notwendigerweise auch »einen eigenen Staat mit allen seinen Attributen, also auch Militär und Geheimdienst«, haben müsse, um »damit nicht mehr ein wehrloses Volk« zu sein. (ebd. S. 10) Der Zionismus habe »sein Projekt verwirklicht und einen verteidigungsfähigen Staat für mehr als die verfolgte Hälfte des jüdischen Volkes geschaffen« (ebd. S. 25).

Auf wessen Kosten dieses »Projekt« geht, dass es von Beginn an im scharfen Gegensatz zu den Interessen der in Palästina lebenden arabischen Bevölkerung stand, interessiert den Verfasser nur am Rande.

Um zu verstehen, weshalb es gar keinen »linken, sozialistischen Zionismus« geben kann, Zionismus und Sozialismus vielmehr Gegensätze sind, ist es notwendig sich sowohl den historischen Kontext der Entstehungsgeschichte dieser Ideologie anzusehen als auch ihre konkrete Umsetzung in Palästina.

Geschichte des Zionismus

Der Zionismus entstand einerseits als Reaktion auf antisemitische Pogrome, vor allem in den Einflussbereichen des zaristischen Russlands, andererseits war er nur denkbar im Zusammenhang mit den sich herausbildenden bürgerlichen europäischen Nationalstaaten. Einer der ersten »Vordenker« eines jüdischen Nationalismus⁴ war Moses Hess, ein Jugendfreund von Marx und Engels. 1860 verfasste er

mit der Schrift »Rom und Jerusalem« ein erstes zionistisches Glaubensbekenntnis, in dem er klare Vorstellungen über die Rückkehr des jüdischen Volkes in das Land seiner Väter formulierte und zwar in enger Anlehnung an Ernest Lahanne, persönlicher Sekretär Napoleons III., der einen Zusammenhang zwischen »Der neuen Orientfrage und dem Wiederaufbau eines jüdischen Nationalstaates« hergestellt hatte. Im Kern sah Hess die konkreten Chancen eines Bündnisses zwischen den Interessen eines französischen Imperialismus und den »jüdischen Interessen nach nationaler und sozialer Emanzipation«. Seine Faszination des Kolonialismus erkennt man in seinem »Plan zur Kolonisation des Heiligen Landes«, den er mit der Vorstellung verband, dass »man dafür sorgen müsse, dass die Siedler sich militärisch organisieren, damit sie in der Lage seien, sich gegen die Beduinen zur Wehr zu setzen.« Im Keim enthält diese erste Schilderung einer zionistischen Utopie schon die Grundlagen des späteren palästinensischen Dramas in sich: Die Gründung und militärische Durchsetzung eines jüdischen Staates in Palästina – zugunsten des europäischen Imperialismus in Klein-Asien.

Von mehreren Großmächten gab es im 19. Jahrhundert Versuche, in Palästina (das damals noch zum osmanischen Reich gehörte) Fuß zu fassen. Dabei ging es nicht um eine direkte koloniale Intervention, sondern man übte »Interessenpolitik« als Schutzmacht für eine bestimmte »Religionsgruppe« aus und versuchte darüber seinen Einfluss zu vergrößern: So entwickelten alle christlichen Kirchen mit Unterstützung ihrer jeweiligen »Schutzmacht« fieberhafte Aktivitäten, um in Palästina diverse »heilige Orte« zu schützen oder zu installieren. Das zaristische Russland trat als Schutzmacht der orthodoxen Kirche in Jerusalem auf, England richtete ein Konsulat in Jerusalem ein und wachte gemeinsam mit Preußen über protestantische Interessen, Frankreich intervenierte 1840 im Libanon, um maronitische Christen vor den Drusen zu retten. Warum sollte also eine jüdische Besiedlung abwegig sein? Zumal in Palästina schon seit Jahrhunderten eine kleine jüdische Religionsgemeinschaft existierte. Vor allem England speulierte auf jüdische Interessen: Schon 1847 dachte der britische Ministerpräsident Disraeli darüber nach, wie sich mit einem »Judenstaat« eine Brücke zwischen »Europa und Asien« schlagen ließe.

Allerdings stießen die Pläne von Moses Hess vor allem im europäischen Judentum angesichts der allgemeinen bürgerlichen Emanzipationsbestrebungen und der damit verbundenen jüdischen Assimilation auf Unverständnis und Ablehnung. »Die überwiegende Mehrheit der Juden in Westeuropa wurde zu Anhängern der bürgerlichen Weltanschauung, sowohl des Liberalismus wie des ›aufgeklärten‹ Kaisertums (in Deutschland). Die alten jüdischen Anschauungen, die stark von der religiösen Orthodoxie geprägt waren, wurden ersetzt durch die Ideen der bürgerlichen Aufklärung – selbst jüdische Gelehrte bemühten sich um eine Synthese ihres Glaubens mit der rationalistischen Philosophie.« Dies galt vor allem für die jüdische Oberschicht; ein weiterer Teil schloss sich den entstehenden Organisationen der Arbeiterbewegung an und wurde Teil der sozialdemokratischen und später kommunistischen Strömungen. Erst unter dem

4) »Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld«, Broschüre, Autonome Nahostgruppe Hamburg, Gruppe Arbeiterpolitik, 1989. S.4

Eindruck der furchtbaren Pogrome gegen Juden, die sich von Russland ausgehend in fast ganz Osteuropa ausbreiteten – über 160 Städte und Dörfer wurden zum Schauplatz von Massakern –, erfuhren zionistische Vorstellungen eine wachsende Akzeptanz, vor allem unter osteuropäischen Juden, die sich von der Auswanderung nach Palästina eine sichere Perspektive für ihr Leben erhofften. Die westeuropäischen Juden sahen in wachsenden Flüchtlingsströmen der verarmten osteuropäischen Juden eine Bedrohung für die eigenen erhofften Assimilationsbestrebungen; deshalb sahen sie in den zionistischen Besiedelungsplänen eine Möglichkeit die jüdische Wanderungsbewegung der verarmten Ostjuden nach Westeuropa aufzuhalten und nach Palästina umzulenken. Trotz umfangreicher Unterstützung durch den französischen Bankier Rothschild blieb die konkrete Einwanderung zunächst klein. Die sogenannte erste »Alija« 1891 bis etwa 1897 führte zu etwa 20 000 Siedlern, die gegenüber 700 000 Arabern, die meisten davon arme Bauern, die Land von feudalen arabischen Großgrundbesitzern gepachtet hatten. Sicher ist aber, dass sich nach den traumatischen Erfahrungen der Verfolgung und Ermordung in den osteuropäischen Ländern zionistische Vorstellungen weiter verbreiteten. So schrieb Leon Pinsker in Odessa als Reaktion auf diese Barbarei 1882 das Buch »Auto-Emanzipation«, in dem er ausführte, die einzige Lösung des Problems des Antisemitismus liege in der Zusammenfassung der Juden in einem geschlossenen nationalen Gebiet, einem »ständigen Asyl«. Junge Studenten gründeten daraufhin 1882 eine Organisation, die nach den hebräischen Anfangsbuchstaben des biblischen Wortes »Haus Jakob, erhebe Dich und Gehe« BILU benannt wurde und dieses Ziel hatte.

Theodor Herzl

Der Hauptvertreter der zionistischen Ideologie kommt jedoch aus Westeuropa: 1896 veröffentlicht der Wiener Journalist Theodor Herzl die zionistische Kampfschrift mit dem Titel »Der Judenstaat.« Die Kernthese lautet schlicht: Der Antisemitismus, als eine Form des Rassenhasses, kann nur durch die Neuorganisation der Juden innerhalb eines autonomen Gebietes ausgerottet werden. Dieses autonome Gebiet wäre der Zufluchtsort der Verfolgten, es wäre der Staat der Juden. Entscheidend für die Ausbreitung des Zionismus‘ war **der erste zionistische Kongress im Jahre 1897**, zu dem 204 Delegierte aus aller Welt nach Basel gekommen waren. Seit diesem Zeitpunkt ist von einer organisierten politischen Bewegung zu sprechen, die in großem Umfang finanzielle Unterstützung von westjüdischen Unternehmern und Bankiers erhielt. Dies war entscheidende Voraussetzung dafür, dass über den jüdischen Nationalfonds in großem Maßstab palästinensischer Boden von den Großgrundbesitzern, die den Boden an die Fellachen verpachtet hatten, erworben werden konnte.

Der Baseler Kongress beschloss folgende Schritte: Das systematische Vorantreiben der Kolonisation Palästinas

5) Eine ausführliche Darstellung jüdischer Einwanderung nach Palästina findet sich in der erwähnten Broschüre »Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld« unter dem Kapitel »Exodus-Einwanderung in die Wagenburg«

6) Herzl, der Judenstaat, 1896, S.33, zit.nach: Der Nahost-Konflikt, Materialien für Schulen und Erwachsenenbildung, M7, Hamburg/Bonn 2004

7) Herzl, Tagebuch, Bd.1, S.10, zitiert nach Jakob Taut, Michel Warschawsky, Aufstieg und Niedergang des Zionismus, isp-Theorie 8, Frankfurt/M., Mai 1982, Übersetzung aus dem Hebräischen von Jakob Moneta

durch die Ansiedlung jüdischer Bauern, Handwerker und Arbeiter; die Zusammenfassung des gesamten Judentums mit Hilfe lokaler Vereinigungen und überregionaler Dachorganisationen; die Stärkung des jüdischen Zusammengehörigkeits- und Nationalgefühls – z.B. durch die Schaffung einer einheitlichen Sprache; Schritte, um die Zustimmung von Regierungen potentieller Schutzmächte zu erhalten.

Herzl war Realist genug um zu wissen, dass ohne imperialistische Schutzmacht, die ihre eigenen Interessen mit denen der Zionisten verband, kein jüdischer Staat in Palästina existieren könnte. Deshalb wies Herzl »dem Judenstaat« eine Funktion zu, die neben der Funktion, »Zufluchtsort aller Juden« zu sein, folgende Aufgabe hat: »Für Europa würden wir dort ein Stück des Walls gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen.«⁶⁾ Entsprechend sind seine diplomatischen Schritte: Unterredung mit dem deutschen Kaiser; mit dem Sultan Abdul-Hamid II. (Palästina gehört zum osmanischen Reich); Audienz beim Innenminister des zaristischen Rußlands, von Plehve, einem der Hauptorganisatoren von Pogromen; Gespräche mit Witte, einem Minister des Zaren und fanatischer Antisemit; mit dem britischen Kolonialminister Chamberlain; mit dem Papst.

Der Zionismus geht also von Beginn an eine enge Koalition mit den reaktionärsten Kräften Europas ein. Dies ist auch nicht verwunderlich: Wenn wir uns die Ausführungen von Lenin vor Augen führen, wird klar, dass Zionisten einerseits und Reaktion und Antisemitismus andererseits bei allen Differenzen sich in einem Punkt treffen: Beide wollen die Integration und Assimilation der Juden verhindern. Die einen durch Auswanderung nach Palästina, die anderen durch Ausgrenzung und Vernichtung. So ist es auch wenig verwunderlich, dass Theodor Herzl in seinem Tagebuch erklärt: »Die Antisemiten waren unsere getreuesten Freunde, die antisemitischen Staaten werden es verstehen, unsere Verbündete zu sein.«⁷⁾

In der vorliegenden Broschüre von Bergmann erfahren wir über diese Zusammenhänge nichts. Vom Standpunkt des Verfassers ist das schlüssig, denn sonst könnte er unmöglich vom Zionismus als einer nationalen Befreiungsbewegung sprechen, deren Berechtigung Marxisten anerkannt hätten. Der Zionismus musste sich nicht von imperialer Vorherrschaft befreien, sondern ging von Beginn an ein interessegeleitetes Bündnis mit »imperialen Schutzmächten« ein, die entsprechend der jeweiligen strategischen Interessen im Nahen Osten wechselten.

»Sozialistischer Zionismus«

Neben diesem »bürgerlichen« Zionismus eines Theodor Herzl benennt der Verfasser eine zweite Richtung, den »sozialistischen Zionismus« der Poale Zion (Arbeiter Zions), »aus der später alle sozialistischen und kommunistischen Parteien Palästinas hervorgingen.« (ebd. S. 11) »Diese Poale Zion wollte eine säkulare Einwanderung nach Palästina als Arbeiter und Bauern. Sie waren keine Kolonialherren, sondern selbstarbeitende Kolonisten. Aus der Not der Gleichheit in der Armut bildeten sie die ersten Kibbuzim im Lande. [Poale Zion] wollte dort Arbeiter und Bauern, das Gegenteil zu den 'Luftmenschen' der Ghettos, wollte die 'jüdische Frage' selbst lösen.« (ebd. S.11)

Dass der Verfasser für diese angeblich sozialistischen Pioniere Sympathie hegt, wird an folgender Aussage deutlich: »Die Ideale und Werte der sozialistischen Pioniere, die eine sozialistische Gesellschaft der Gleichen erstrebten – ohne Kapitalisten und Ausbeutung – haben heute natürlich nur Erinnerungswert, obwohl sie für die Motivation der Pioniere äußerst wichtig waren; denn sie halfen ihnen, die Schwierigkeiten zu überwinden.« (ebd. S.44)

Was der Verfasser uns vorenthält, ist die Tatsache, dass »Gleichheit« nur für die jüdischen Siedler gelten sollte, die arabische Bevölkerung wurde erbarmungslos ausgegrenzt, von ihrem gepachteten Land vertrieben und bekämpft. Die »Ideale und Werte« von Paole Zion hießen: »Jüdischer Boden! Jüdische Arbeit! Jüdische Waren!«. Was diese Parolen in der Praxis bedeuteten, davon gibt David Hacohen, ein Führer der zionistischen Arbeiterbewegung, in der Ha'aretz vom 15.11.1968 eine aufrichtige Auskunft: »Ich mußte mit meinen Freunden viel über den jüdischen Sozialismus streiten; mußte die Tatsache verteidigen, daß ich keine Araber in meiner Gewerkschaft akzeptierte; daß wir Hausfrauen predigten, nicht in arabischen Geschäften zu kaufen, daß wir an Obstplantagen Wache hielten, um arabische Arbeiter daran zu hindern, dort Arbeit zu finden, daß wir Benzin auf arabische Tomaten schütteten, daß wir jüdische Frauen attackierten und die arabischen Eier, die sie gekauft hatten, vernichteten, daß wir den „Jüdischen Nationalfonds“ hochpriesen, der Hankin nach Beirut schickte, um Land von abwesenden Großgrundbesitzern zu kaufen und die arabischen Fellachen vertrieb, daß es verboten ist einen einzigen jüdischen Dunam an einen Araber zu verkaufen....All das zu erklären war nicht leicht.«⁸⁾ Letztendlich bedeutete diese Praxis nichts anderes als die Verdrängung eines anderen Volkes. Dass solche Boykottaktionen, gerichtet gegen arabische Bauern und Arbeiter, aber auch gegen jüdische Siedler, die Araber auf ihren Plantagen beschäftigten, rein gar nichts mit einem kommunistischen Standpunkt zu tun haben, liegt auf der Hand.

August Thalheimer

Dagegen haben Internationalisten und Kommunisten, darunter auch der von Bergmann vereinnahmte August Thalheimer, eine deutliche Position eingenommen. Es stimmt eben nicht, wenn der Verfasser mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit behauptet, Internationalisten hätten aus Enttäuschung darüber, dass die jüdische Frage nicht durch eine sozialistische Revolution gelöst werden konnte, zum Zionismus eine neutrale Position oder gar keine eingenommen. Dies gilt zumindest nicht für die KPD-O und damit auch nicht für August Thalheimer, wie folgende Auszüge aus einer Stellungnahme der »Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition«IVKO zeigen, die auf Diskussionen reagierte, die in Palästina von jüdischen GenossInnen geführt wurden, die vor dem Naziregime nach Tel Aviv geflüchtet waren. Zur Frage des Zionismus heißt es

8) zitiert nach »Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld«, ebd. S.6

9) »Dokument aus dem Jahre 1938, Zur Palästinafrage und zum Zionismus«, in »Arbeiterpolitik« Nr. 1 / 2005

10) Internationale monatliche Übersichten 1945 – 48, August Thalheimer, Hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, S. 336

11) Aus »Israels geistiges Klima«, Ersterscheinung in »The Reporter«, April/Mai 1954, zitiert nach: Isaac Deutscher, Die ungelöste Judenfrage, Rotbuch-Verlag Berlin, 1977, S.74

darin: »Wir lehnen als Kommunisten den Zionismus prinzipiell ab. Warum? Weil er real – von aller ideologischen Einkleidung abgesehen – nichts anderes ist und unter den gegebenen Verhältnissen nichts anderes sein kann als ein imperialistisches Kolonialunternehmen. Dieser Charakter wird auch dadurch bedingt, daß a) die Besiedlung mit kapitalistischen Mitteln und kapitalistischer Führung in einem Kolonial- oder Halbkolonialland erfolgt; b) daß das politische Ziel die Aufrichtung eines nationalen jüdischen bürgerlich-kapitalistischen Staates ist.

Der besondere Charakter dieses imperialistischen Kolonialunternehmens ist dadurch bestimmt, daß die Juden sich auf keine eigene imperialistische Staatsmacht außerhalb des Siedlungslandes, auf kein eigenes imperialistisches Mutterland stützen können, also zwangsläufig Werkzeuge (unter Umständen auch Opfer) einer bestehenden imperialistischen Macht, die nicht ihre eigene ist, werden müssen. In Palästina des britischen Imperialismus, anderwärts etwa in Madagaskar des französischen Imperialismus usw.«⁹⁾ Klar distanziert hat sich die KPD-O. bzw. IVKO jedoch von einem Einwanderungsverbot von Juden nach Palästina, so wie es von Führern der arabischen Nationalbewegung aufgestellt wurde: »Zionistische Einwanderung und jüdische Einwanderung überhaupt sind an sich verschiedene Dinge. Praktisch kommt allerdings heute jüdische Einwanderung in Palästina, die nicht zionistisch wäre, kaum in Betracht. Das darf uns aber nicht hindern, besonders mit Rücksicht auf die weiteren Perspektiven, die nach der künftigen Liquidierung des Zionismus bestehen, diese Unterscheidung zu treffen. Wir sind ganz allgemein gegen Einwanderungsverbote. Wir sind für unbeschränktes Einwanderungsrecht nach Palästina.« (Arbeiterpolitik, Nr. 1 / 2005, ebd.)

Unredlich ist es, wenn der Verfasser behauptet, August Thalheimer habe sich nach der Proklamation des Staates Israel am 14. Mai 1948 dazu positiv geäußert und diese Staatsgründung für notwendig erachtet. Worauf gründet der Verfasser diese Schlussfolgerung? Aus den von ihm zitierten Artikeln der »Internationalen monatlichen Übersichten 1945 – 48« geht diese Annahme in keiner Weise hervor. Vielmehr untersucht Thalheimer in seinem Beitrag »Palästina« vom Mai 1948, welche Bedeutung der Staat Israel für die imperialistischen Staaten England und USA einerseits und für die SU andererseits hatte, er erläutert die Widersprüche zwischen England und USA aus der kapitalistischen Konkurrenz und ihre Gemeinsamkeiten aus ihrer Gegnerschaft gegen die SU heraus: »Die USA arbeiten in Palästina sowohl zusammen als auch gegeneinander. Beide sind darin einig, zu verhindern, daß die SU dort eingreifen kann. Beide wollen Palästina mit dem Vorderen Orient als angelsächsisches Herrschaftsgebiet erhalten. Aber die USA versuchen zugleich, England die Vorherrschaft dort zu entwenden und für sich zu sichern. (.....) Die USA suchen sich den Staat Israel als ihr imperialistisches Werkzeug zu sichern.«¹⁰⁾

Isaac Deutscher

Zu einem Kronzeugen für seine Verteidigung des Zionismus macht Theodor Bergmann auch Isaac Deutscher, der allerdings weit entfernt ist von jeder demagogischen Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus. Auch hier gibt der Verfasser nur solche aus dem Zusammenhang gerissenen Textpassagen wieder, die sich scheinbar in seine Ideologie einfügen. Dass Isaac Deutscher den jüdischen

Staat aus den Erfahrungen von Auschwitz, wo er seine Familie verlor, und der Barbarei des Faschismus heraus für eine »historische Notwendigkeit« und für eine »lebendige Realität« hielt und dennoch kein Zionist war – diesen scheinbaren Gegensatz kann oder will der Verfasser nicht begreifen. Aber Isaac Deutscher selbst gibt dafür eine Erklärung: »Von einem brennenden oder sinkenden Schiff springt man herunter – egal wohin: in ein Rettungsboot, ein Floß oder einen Rettungsring. Der Sprung wird zur 'historischen Notwendigkeit', das Floß wird gewissermaßen zur Grundlage der gesamten Existenz. Aber folgt daraus, daß man den Sprung zum Programm erheben oder einen Floß-Staat zur Grundlage seiner politischen Orientierung machen muß? (.....) Für mich kommt es einer weiteren jüdischen Tragödie gleich, daß die Welt in der Mitte dieses Jahrhunderts, in dem der Nationalstaat zunehmend hinfällig wird, die Juden dazu getrieben hat, ihre Sicherheit in einem Nationalstaat zu suchen.«¹¹⁾

Auf »tragische und makabre Weise« habe der Hitlerfaschismus sowohl das Erwachen eines jüdischen Nationalgefühls verursacht, indem er durch die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung jede Assimilation zunichtegemacht habe, als auch die Errichtung eines zionistischen Staates, der seine Legitimation aus dem Hinweis auf Auschwitz ziehe. »Den größten Beitrag zur Wiederbestimmung der jüdischen Identität hat Hitler geleistet, und darin besteht einer seiner bescheidenen nachträglichen Triumphe.« (Isaac Deutscher, ebd., S.27.) Der Zionismus sei der »politische Höhepunkt jüdischen Mißtrauens gegenüber der nichtjüdischen Welt« gewesen: »Zu Europas ewiger Schmach hat sich dieses Mißtrauen als nur zu berechtigt erwiesen. Erst nachdem dies auf grausamste Weise deutlich geworden war, nachdem von den 15 Millionen europäischer Juden sechs Millionen in den Gaskammern umgekommen waren und nachdem Israelis sahen, wie die Briten die Geisterschiffe, beladen mit den Wracks des europäischen Judentums, von den Küsten Palästinas verjagten, wurde der Staat Israel zur Realität.« (Isaac Deutscher, ebd. S. 79) Der zionistische Staat ist also für Isaac Deutscher Ausdruck einer ganz spezifischen historischen Situation, deren einzige dauerhafte Existenzmöglichkeit er in der Überwindung des jüdischen Nationalismus und im Ausgleich mit der arabischen Bevölkerung sieht, denn »es waren die Araber, die schließlich den Preis für die Verbrechen zahlen mussten, die der Westen an den Juden begangen hatte.« (Isaac Deutscher, ebd. S.92)

Von den Gegensätzen zwischen zionistischen Siedlern und arabischen Bauern und Arbeitern erfahren wir bei Bergmann nichts, im Gegenteil, für ihn hat die Besiedlung Palästinas in der Hauptsache positive Auswirkungen. »Entwickeln heißt bevölkern«, erklärt er uns. Die Einwanderung habe zur Entwicklung des Landes beigetragen, »wenn auch die arabische Bevölkerung einen geringeren Anteil an den Fortschritten hat und nicht völlig gleichberechtigt ist.« (Bergmann, ebd. S.15) Das ist schon eine arge Verharmlosung der tatsächlichen Lage der palästinensischen Bevölkerung bis heute. Die Besiedelung war eben untrennbar verknüpft mit der Enteignung und Vertreibung des größten Teils der palästinensisch-arabischen Bevölkerung.

Recht zu geben ist Theodor Bergmann in seiner Annahme, dass längst nicht alle jüdischen Einwanderer Zionisten waren; die meisten von ihnen, vor allem diejenigen, die vor den Nazis flohen, waren Verfolgte, denen jeder andere Weg

versperrt war. Aber diese Verfolgten wurden notgedrungen Teil der zionistischen Wagenburg, Teil eines Systems, das die Vertreibung eines anderen Volkes und militärische Expansion zur Grundlage hatte. Als Ende des 2. Weltkrieges Hunderttausende Juden, die den Holocaust überlebt hatten und denen Großbritannien und die USA die Einwanderung verwehrt hatten, notgedrungen nach Palästina drängten, fanden sie die zionistischen Strukturen und Organisationen schon vor. Die meisten von ihnen waren mittellos – was hätten sie also anderes tun können, als sich diesen vorgefundenen Bedingungen anzupassen?

Israels Kriege

Grundsätzlich stellt Bergmann Israel als einen »Kleinstaat« dar, der umgeben sei von feindlich gesinnten Nachbarn, die die Juden ins Meer treiben wollten. »Israel war damals nicht die Speerspitze des Imperialismus und ist heute nicht »der nahöstliche Degen des US-Imperialismus«, sondern ein Kleinstaat, der nur auf die Aktionen der Mächte reagieren kann, indem er bei jeder weltpolitischen Krise einen neuen 'Verbündeten' sucht.« (ebd. S. 40) Für ihn sind deshalb alle »Kämpfe der 1920er und 30er Jahre und die vielen Kriege um das Überleben des jüdischen Volkes, die Sesshaftmachung verfolgter Nomaden« – notwendig, weil sie dazu geführt hätten, dass das Volk nicht mehr »wehrlos in engen Ghettos sitzt, sondern modern bewaffnet in einer starken und genügend großen Festung.« (ebd. S. 56)

Wie stark die »Wehrhaftigkeit« Israels ist, machte ein Artikel in der FAZ deutlich, der sich unter anderem auf das Londoner International Institute for Strategic Studies berief. Demnach besitzt Israel 200 nukleare Sprengköpfe und modernste von den USA gelieferte Trägersysteme. Dazu kämen die von Deutschland gelieferten U-Boote, die sich für Atomwaffen umrüsten ließen. »Vieles spricht dafür, dass Israel schon atomar bewaffnet war, als 1967 der Sechstagekrieg begann. Während des Jom-Kippur-Krieges im Jahr 1973 soll sich der damalige Verteidigungsminister Mosche Dajan (...) vergeblich für eine »nukleare Demonstration« ausgesprochen haben.« (FAZ, 14.04.2012) Bekannt ist auch, dass in Dimona, einem Ort in der Negev-Wüste, ein geheimer Atomreaktor existiert.

Scharf kritisiert Bergmann die in der Mitte der 80er Jahre in Israel beginnende Debatte unter den sogenannten »Neuen Historikern«, die sich vor allem mit der offiziellen zionistischen Geschichtsdeutung und den Mythen, die sich um die israelische Staatsgründung ranken, kritisch auseinandersetzen. In Frage gestellt werden von ihnen unter anderem die behauptete Unvermeidbarkeit und Gerechtigkeit der Kriege, die Israel angeblich führen musste, wenn es nicht vernichtet werden wollte. Diese Positionen entwickelten sich vor allem nach der Auswertung von Moshe Sharetts Tagebüchern, die nach heftigen Protesten und Prozessandrohungen zionistischer Kreise 1979 veröffentlicht wurden.

Im Gegensatz dazu folgt Bergmann der offiziellen Geschichtsschreibung, was sowohl deutlich wird an seiner Darstellung der Auseinandersetzungen um die Staatsgründung Israels als auch an seiner Erklärung des sogenannten 6-Tage-Krieges 1967. Nach seiner Auffassung war die jüdische Bevölkerung durch den Teilungsplan der Vereinten Nationen von 1947 benachteiligt. Er schreibt, »dass das zukünftige Israel aus zwei räumlich getrennten Teilen beste-

hen sollte, während der palästinensische Staat ein zusammenhängendes Territorium bilden würde. Flächenmäßig waren die Israelis zwar scheinbar bevorzugt, aber ein großer Teil ihres Gebietes war die Negev-Wüste, damals kaum besiedelt und später nur durch aufwendige und mühevoll Kultivierung bewohnbar gemacht. Israel sollte 56,47 Prozent der Fläche erhalten, davon ein Drittel Kulturland in der Küstenebene, zwei Drittel in der Negev-Wüste. Jerusalem und Bethlehem sollten internationalisiert werden. Dieser Plan wurde von der Jewish Agency angenommen, von den Führern der Palästinenser aber abgelehnt.«

Wie »undankbar«, denkt sich der Leser, der die Hintergründe der behaupteten Ablehnung nicht kennt und natürlich auch in der Broschüre nicht kennenlernt, stattdessen »beginnen« Palästinenser im Bündnis mit den Nachbarstaaten einen Angriff, besetzen Galiläa und greifen Jerusalem an.

Was ist die Vorgeschichte der arabischen Ablehnung des Teilungsplans? Infolge des Faschismus kamen in den 30er und 40er Jahren immer mehr jüdische Flüchtlinge nach Palästina, 1948 lebten schon fast 700 000 jüdische Einwanderer in Palästina. Verbunden war diese Entwicklung damit, dass auf Grund der Landaufkäufe von den meist im Ausland lebenden Großgrundbesitzern immer mehr arabische Bauern ihre Pachthöfe verlassen mussten und sich in ihrer Existenz bedroht sahen. Von 1936 bis 1939 versuchten palästinensische Araber durch Streiks und schließlich durch einen nationalen Aufstand sowohl gegen die britische Mandatsmacht als auch gegen die zionistische Besiedlung dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. 1882 war der jüdische Bevölkerungsanteil erst 5 Prozent gewesen; 1945 war er schon auf über 30 Prozent gewachsen, besaß aber erst 6 Prozent des Bodens nach Eigentumstiteln. Dass der Teilungsplan der Vereinten Nationen von Seiten der palästinensischen Bevölkerung als zutiefst ungerecht empfunden wurde und alle bisherigen Befürchtungen noch übertraf, dürfte im Gegensatz zur Auffassung von Bergmann verständlich sein: Für die jüdische Bevölkerung, die 33 Prozent ausmachte, waren 56,4 Prozent des Landes vorgesehen, für die 66 Prozent der arabischen Bevölkerung jedoch nur 43,6 Prozent. Natürlich wurden die arabischen Einwohner zu diesem Teilungsplan, der Verzicht auf große Gebiete eigenen Landes vorsah, nicht gefragt.

Es ist David Ben-Gurion, erster Ministerpräsident Israels, der ein gewisses Verständnis für den arabischen Widerstand aufbringt, wenn er schreibt: »Das Land gehört ihnen, weil sie es bewohnen, während wir ankommen und uns hier niederlassen, und aus ihrer Perspektive wollen wir ihnen ihr Land wegnehmen, noch bevor wir hier richtig angekommen sind.... der Aufstand ist aktiver Widerstand seitens der Palästinenser gegen das, was sie als Usurpierung ihrer Heimat durch die Juden betrachtenHinter dem Terrorismus steht eine Bewegung, die zwar primitiv, aber von Idealismus und Selbstaufopferung geprägt ist.«¹³⁾

Sofort nach dem Teilungsbeschluss erfolgte eine Fülle von terroristischen Aktionen bewaffneter jüdischer Kräfte, um die den Zionisten zugesprochenen Teilen Palästinas möglichst »araberfrei« zu machen und möglichst noch

12) Zitat aus einer Rede von 1938, zitiert nach »Offene Wunde Nahost«, Noam Chomsky, Europa Verlag, Hamburg 2002, S. 32

13) Sharett, zitiert nach Livia Rokach, Israels Heiliger Terror, 1982, S.22

Geburt Israels – Mythos und Wirklichkeit

Mit der Entstehung Israels sind bis heute mehrere Mythen verbreitet, die, sollten sie ihren Platz im Denken der Jüngeren weiterhin behaupten, »die Katastrophe unausweichlich« machen würden. Damit meinte **Simcha Flapan**, der sich als Israeli und ehemaliger Zionist für eine gerechte Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes einsetzte, die Konsequenzen aus der politischen Unfähigkeit, bei Fortsetzung der aktuellen Politik auf die jeweils andere Seite zuzugehen.

Von seiten Israels wollte Flapan damit beginnen und untersuchte deshalb nach der Veröffentlichung der Kriegstagebücher von **David Ben Gurion** 1982 weitere umfangreiche Dokumente, die um diese Zeit vom Israelischen Staatsarchiv und vom Zionistischen Zentralarchiv veröffentlicht worden waren. »Was sich mir bei der Lektüre der Dokumente aufdrängte, war die Erkenntnis, dass diese Mythen, die sich genau . . . zwischen 1948 und 1952 ausbreiteten, von den Dokumenten . . . flagrant widerlegt werden« (ebd. S. 14)

Diese Mythen waren: **1. Dass die zionistische Bewegung mit der UN-Teilungsresolution November 1947 ihren Anspruch auf einen sich über ganz Palästina erstreckenden Staat aufgegeben hätte** – Ben Gurion war einer der entschiedensten Verfechter dieses Anspruchs, darüber hinaus ein begnadeter Taktiker, der diesen Anspruch bei allen öffentlichen Kompromissen nie aufgegeben hat.

2. Dass die Palästinenser eine Teilung Palästinas kategorisch von Anfang an abgelehnt hätten. Nein, viele Vertreter dieser Seite suchten einen Kompromiss, erst der entschiedene Widerstand Ben Gurions gegen die Entstehung eines Palästinenserstaates trieb sie an die Seite des reaktionären Muftis, der dann den Krieg erklärte. (. . .)

6. Dass der Angriff der arabischen Streitkräfte am 15. Mai 1948 auf ein zahlenmäßig weit unterlegenes, schlecht bewaffnetes Israel traf. Ben Gurion selbst räumte ein, dass die eigentliche Selbstverteidigung nur vier Wochen dauerte; mit den dann eintreffenden Waffenlieferungen waren die besser ausgebildeten israelischen Truppen zu Lande, zur See und in der Luft den arabischen, zusammengesammelten Truppen weit überlegen. (. . .)

Das Buch von Simcha Flapan »Die Geburt Israels – Mythos und Wirklichkeit«, 1987 in den USA, 1988 in der BRD erschienen, kann nicht beiseite gelegt werden mit der Begründung, einige der »neuen Historiker« würden zu »Kronzeugen der Feinde des Staates« (Bergmann, ebd. S. 49) werden. Die hier offengelegten Zusammenhänge um die Gründungsjahre des Staates Israel haben allen Grund, ernsthaft diskutiert zu werden.

Simcha Flapan, Die Geburt Israels – Mythos und Wirklichkeit, 1987, München, 400 Seiten ■

weiteres von Palästinensern bewohntes Land zu erobern. Noch vor der Staatsgründung Israels wurden mindestens 17 palästinensische Dörfer angegriffen, dabei 600 Zivilisten ermordet, Hunderte von Häusern gesprengt und Hunderttausende Palästinenser vertrieben. Das Massaker von Deir

Jassin Anfang April 1948, bei dem 250 Menschen, in der Mehrheit Frauen, Kinder und Alte, ermordet wurden, und zwar von der Terrormiliz LEHI unter Führung des späteren Ministerpräsidenten Menachim Begin, hat wesentlich zu dieser Fluchtbewegung beigetragen. Der Einmarsch der arabischen Armeen kurz nach der Proklamation des Staates Israel war nichts anderes als Reaktion auf diese Entwicklung. Am Ende des 48er-Krieges hatte Israel statt der vorgesehenen 56,4 Prozent fast 78 Prozent Palästinas in Besitz genommen, 770 000 Palästinenser waren zu Flüchtlingen geworden. Dass bei diesen Kriegshandlungen auch Opfer unter der jüdischen Bevölkerung zu verzeichnen waren, ist unbestritten.

Das »Persönliche Tagebuch« von Moshe Sharett beschreibt, wie durch militärische Operationen, teils verdeckt, teils offen, gezielt Gegenangriffe provoziert wurden, die dann eine Grundlage für weitere Gebietseroberungen durch die israelische Armee wurden. (Moshe Sharett war



Erschießung von Palästinensern 1956 in Rafah, siehe die nachfolgende Buchbesprechung

von 1948 – 1956 Israels Außenminister, von 1954 – 1955 Premierminister). In seinem Tagebuch hielt Sharett neben persönlichen Notizen minutiös fest, wie die arabischen Staaten in eine militärische Konfrontation gedrängt wurden, die das israelische Militär, nach 1945 zunehmend aufgerüstet durch die USA, immer sicher war zu gewinnen und wie man gegenüber der eigenen Bevölkerung den Mythos einer ständigen Bedrohung aufrechterhielt: »Ich habe über die lange Kette von falschen Vorfällen und Feindseligkeiten, die wir erfunden haben, nachgedacht, über die vielen Zusammenstöße, die wir provoziert haben, die uns so viel Blut kosten; über die Rechtsverletzungen unserer Männer -die alle schlimmes Unheil brachten und den Lauf der Ereignisse festlegten und zur Sicherheitskrise beitrugen.«¹⁴⁾ Er zitiert unter anderen Moshe Dayan, General und Verteidigungsminister, der sich über die sogenannten »Vergeltungsschläge« wie folgt äußerte: »Sie sind unser Lebensnerv. Sie....helfen uns, in der Bevölkerung und der Armee eine hohe Spannung aufrechtzuerhalten.....um junge Männer in den Negev zu bringen, müssen wir hinausschreien, daß er in Gefahr ist.« (26.5.1955, Tagebücher, S. 1021). Das auch von Bergmann beschworene »Sicherheitsbedürfnis« des israelischen Staates hatte demnach im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen sollte der Zusammenhalt der äußerst heterogenen Einwanderergesellschaft durch ein ständiges Bedrohungsszenarium zusammengeschweißt werden, zum anderen lieferte es die Legitimation für weitere Expansionsbestrebungen.

Auch bei der Darstellung des Sechstagekrieges 1967 folgt der Verfasser der offiziellen israelischen Geschichts-

14) zitiert nach Ludwig Watzal, Feinde des Friedens, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2001, S. 115

schreibung, nach der sich Ägypten, Jordanien, Syrien, Libanon und der Irak im Frühjahr 1967 zusammenschlossen, um »Israel zu vernichten und die jüdischen Eindringlinge zu vertreiben; so ihre öffentlichen Erklärungen. Sie hatten in ihrer Siegesgewissheit wieder den Plan von 1947, die Juden ins Mittelmeer zu treiben.« (S. 32) An anderer Stelle spricht der Verfasser von einem »notwendigen Sieg«, weil nur die Alternative Sieg oder Vernichtung bestanden hätte. (S. 33).

Der Publizist Ludwig Watzal lässt in seinem Buch »Feinde des Friedens – der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern« etliche israelische Politiker und Militärs zu Wort kommen, die eher das Gegenteil ausdrücken. So z.B. den General Matti Peled, der in der Le Monde vom 3. Juni 1972 erklärte: »All jene Geschichten über die große Gefahr, der wir wegen unseres kleinen Gebietes ausgesetzt waren, kamen erst auf, als der Krieg zu Ende war, sie spielten in unseren Überlegungen vor Ausbruch der Feindseligkeiten keine Rolle. Vorzutäuschen, daß die ägyptische Armee, die an unserer Grenze stand, in der Lage gewesen wäre, die Existenz Israels zu gefährden, ist nicht nur eine Beleidigung für jeden, der die Lage analysiert, sondern ist primär eine Beleidigung der israelischen Armee.« (Matti Peled, zit. nach ebd. S. 34)

Um welche Interessen es bei diesem »Präventivkrieg« wirklich ging, benennt offenherzig der ehemalige Wohnungsbauminister Mordechai Bentov: »Die ganze Geschichte der Gefahr einer Zerstörung wurde in jedem Detail im Nachhinein erfunden und übertrieben, um die Annexion arabischen Landes zu rechtfertigen.« (Al-Hamishmar, 14.04.1971, Watzal, ebd. S. 34)

Und eben dies war auch das Ergebnis: die Eroberung und Besetzung der Westbank und des Gazastreifens verbunden mit Vertreibungen von 300 000 Palästinensern.

Auch Bergmann benennt die aus dieser Besetzung bis heute andauernden Probleme: »Noch schwerwiegender waren die Folgen der Besetzung und der Siedlungen in den besetzten Gebieten. Diese verschärften die Spannungen mit der dortigen Bevölkerung. Die andauernde Besetzung – jetzt im 44. Jahr – zersetzt auch die Moral der Besatzungsmacht, führt zu Geschäftemacherei, Überheblichkeit und Brutalisierung.« (Bergmann, ebd. S.33) Aber welche Lösungen bietet der Verfasser an?

Seine Lösungsvorschläge

Die Lösungsvorschläge Bergmanns sind – höflich ausgedrückt – naiv und simpel: Die Palästinenser rücken von unrealistischen Forderungen ab, z.B. nach einem Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge, gehen in Vorleistung mit einer Anerkennung des Staates Israels, dessen Sicherheit sie garantieren, dann werden die besetzten Gebiete einschließlich der Siedlungen geräumt und ein Palästinenserstaat entsteht. (ebd.,S.81)

Theodor Bergmann wird sehr genau wissen, dass die Forderung nach dem Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge zum Selbstverständnis des palästinensischen Widerstands gehört; kein palästinensischer Politiker, ob gemäßigt oder radikal, könnte es sich leisten, diese Forderung als Vorbedingung für einen Palästinenserstaat aufzugeben. Er würde sofort davongejagt. Nicht umsonst wurde die »Flüchtlingsfrage« bei allen Verhandlungen ausgespart und auf die sogenannten »Endstatusverhandlungen« verschoben.

Es besteht ein auffallender Widerspruch darin, dass Bergmann natürlich jedem Menschen, der sich zum Judentum bekennt, das Recht zubilligt, in Israel einzureisen und zu leben, während er den vertriebenen Palästinensern eine Rückkehr in ihr Land verwehrt. Für die circa 4 Millionen palästinensischer Flüchtlinge und ihrer Nachkommen gäbe es seiner Ansicht nach weder in den besetzten Gebieten noch im israelischen Kernland eine Existenzmöglichkeit. Dies sei undenkbar und dazu als Forderung reaktionär. Undenkbar ist es für den Verfasser natürlich nicht, dass sich Israel als Heimstätte für Juden aus aller Welt begreift und diesen jederzeit ein »Rückkehrrecht« anbietet.

Abgesehen davon, dass die PLO schon in der Osloer Prinzipienklärung von 1993 das Existenzrecht Israels anerkannt hat, hat Israel bis heute weder seine Grenzen definiert, geschweige denn konkret über einen Palästinenserstaat verhandelt. Nach den gescheiterten »Friedensverhandlungen« der letzten Jahre, in denen den Palästinensern immer neue »Vorleistungen« abverlangt wurden, nach dem Vorantreiben der Siedlungen im Westjordanland, der Annektierung Ostjerusalems und dem Bau der Mauer stellt sich die Frage, welche »Existenz« Israels denn eigentlich von den Palästinensern anerkannt werden soll. Denn inzwischen gehören aus der Sicht der israelischen Regierung zur »Existenz« Israels auch schon Ostjerusalem, Siedlungen auf der Westbank mit über 400 000 jüdischen Siedlern und immer mehr konfisziertes Land für zukünftige Wohnungsbauprojekte sowie die syrischen Golanhöhen.

Erhellend ist, dass Bergmann wohlwollend und ausführlich Amos Oz zitiert, der sich ein Ende des Okkupationszustandes auf der Grundlage des Clinton-Konzepts und der Taba-Vereinbarung vorstellen kann. Dies entspräche auch der Mehrheitsmeinung der Israelis. (ebd., S. 75) Der Verfasser spekuliert offensichtlich darauf, dass kaum ein Leser weiß, was sich tatsächlich hinter dem Taba-Abkommen verbirgt, denn sonst könnte er es kaum als Ausdruck israelischen Friedenwillens präsentieren.

In diesem Abkommen, das Folgeabkommen von Oslo I und deshalb auch Oslo II genannt, wurden der palästinensischen Seite Konzessionen abgepresst, die einen lebensfähigen, wirtschaftlich unabhängigen Palästinenserstaat in weite Ferne rücken, wenn nicht gar unmöglich werden lassen: Es steht für die völlige Zersplitterung der Westbank in verschiedene Zonen, wobei nur in einigen größeren palästinensischen Städten die Zivilverwaltung und die Kontrolle der Sicherheit auf die Palästinenser übergang und sich das israelische Militär zurückzog. In der sogenannten Zone B, die circa 420 Dörfer und Kleinstädte umfasste, bekamen die Palästinenser nur die zivilen Aufgaben übertragen, während 400 km Straßennetz und die Siedlungen de facto zu israelischem Staatsland (73 Prozent der Westbank!) erklärt wurden, umgeben von Checkpoints und Mauern, die die palästinensischen Gebiete und Dörfer voneinander trennen und aus ihnen »Bantustans« machen.

In der »Haáretz« vom 6. Juli 1995 kommentierte der ehemalige Vize-Bürgermeister von Jerusalem, Meron Benvenisti, das Taba-Abkommen folgendermaßen: »Es bleibt bei der Übernahme der Hälfte des Landes in der Westbank, Siedlungen in aneinandergereihten Blöcken, der Verteilung des Wassers zugunsten Israels, ökonomischer Ausbeutung, Behinderung der palästinensischen wirtschaftlichen Entwicklung (.....) Statt die Dinge selber zu regeln, werden

Zur Rolle des Zionismus in Palästina

»Der Zionismus hat wie jede kolonialistische Bewegung den armen Bauern seiner besten Böden beraubt, er hat die vorgefundene gesellschaftliche Struktur verzerrt, er war der Agent des monopolistischen ausländischen Kapitals und diente dem Imperialismus in diesem Gebiet als Agent. Die Besonderheit des Zionismus macht es aus, dass es nicht sein Ziel war, die vorgefundene billige Arbeitskraft auszubeuten, sondern sie zu vertreiben, sogar dann, wenn sie rein wirtschaftlich gesehen viel rentabler war; außerdem war der Beitrag, den er für den britischen und später den amerikanischen Imperialismus leistete, nicht direkt wirtschaftlich, sondern politisch. Wenn der Imperialismus den Zionismus unterstützt hat und dies bis zum heutigen Tage tut, so nicht wegen des Profits, den ihm die Ausbeutung des israelischen Arbeiters eintragen könnte – der arabische Arbeiter ist ja vertrieben worden –, und auch nicht wegen der Rohstoffe, die sich in der Obhut der Israelis befinden, sondern wegen der politischen Rolle, die der Zionismus und der Judenstaat zur Verteidigung der imperialistischen Ordnung angesichts der Bedrohungen durch die arabischen nationalen Befreiungsbewegungen gespielt haben.«

Taut/Warschawski, Aufstieg u. Niedergang des Zionismus, 1982, S. 28 ■

israelische Verbindungsoffiziere für die palästinensischen Angestellten die Entscheidungen treffen, ebenso, wie es im Gaza-Streifen geschieht».¹⁴⁾

Es ist schon ein Hohn, wenn der Verfasser solche »Diktate« gutheißt und gleichzeitig von sich behauptet, seine Solidarität gelte den Werkträgern, den Unterdrückten.

Seine Solidarität gilt auf jedem Fall nicht den unter dem Besatzungsjoch leidenden Palästinensern. Im Gegenteil: Praktische Solidarität mit ihnen ist ihm verdächtig. Dies wird überaus deutlich an der Art und Weise, wie er die Gaza-Hilfsflotte denunziert, die im Mai 2010 versuchte, die seit drei Jahren andauernde Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen. Geladen waren 1200 Tonnen Hilfsgüter für die verarmte Bevölkerung: Rollstühle, Lebensmittel, Baumaterial für Hütten, Medikamente, medizinische Geräte. Was macht der Verfasser daraus? Eine »Hilfsaktion« für die Hamas (ebd., S. 38), ein »heftiger Konflikt«, der »von außen betrieben wurde«, ein »Propagandaerfolg für die Hamas«, eine Aktion, die »außerhalb des Nahen Ostens und besonders in der BRD die antiisraelische Propaganda und auch den Antisemitismus nährte.« (ebd., S. 55) Kein Wort des Bedauerns angesichts der von israelischen Eliteeinheiten teilweise hinterrücks aus nächster Nähe erschossenen und schwer verletzten Teilnehmer, vielmehr Herunterspielen der israelischen Verantwortung, die von ihm als »diplomatische Unfähigkeit« verharmlost wird.

Es ist auch bezeichnend, dass sich der Verfasser nicht konkret mit der israelischen Besatzungspolitik auseinandersetzt, sondern auf allgemeine »Friedensbeschwörungen« beschränkt, denn sonst müsste er sich mit der Tatsache auseinandersetzen, dass Israel zunehmend Fakten schafft, die eine Zwei-Staaten-Lösung illusionär werden lassen.

Dazu gehört z.B. neben der völligen Abriegelung des Gaza-Streifens, deren Bevölkerung im Elend versinkt, der 2002 von der israelischen Regierung begonnene und inzwi-

schen fast abgeschlossene 700 km lange Mauerbau, der das gesamte Westjordanland von Israel abgrenzen soll. Schon heute ragt die Mauer teilweise bis zu 22 km tief in extra zu diesem Zweck enteignetes palästinensisches Land hinein. Für eine militärische Pufferzone werden palästinensische Dörfer, Oliven- und Orangenhaine zerstört, Zugänge zu Feldern, Grundwasserbrunnen und Zisternen werden verhindert oder erheblich erschwert. Nach Schätzung sind durch diesen Sperranlagenkomplex 875 000 Palästinenser und 206 Ortschaften direkt betroffen. Die übergroße Mehrheit dieser Orte wird durch den Verlauf der Mauer Israel zugeschlagen. Die großen Siedlungsblöcke um Jerusalem und Tel Aviv, in denen insgesamt etwa 300 000 Israelis wohnen, sind inzwischen vollständig in die israelische Ökonomie integriert. Planungen des israelischen Wohnungsbauministeriums sehen weitere Zehntausende von Wohnungen im Westjordanland vor, auch als Reaktion auf die Massenproteste von jungen Israelis 2010, die in mehreren Städten gegen die hohen Preise auf dem Wohnungsmarkt protestierten. Die Mehrheit der Bewohner dieser Siedlungsblöcke begreift sich eher als »Siedler« wider Willen, die keine ideologischen Motive haben. Sie wurden vielmehr in die Siedlungen »getrieben«, weil es nur noch dort hochsubventionierten billigen Wohnraum gibt, der in Israel nicht mehr zu haben ist. Objektiv werden sie aber – bedingt durch den Sozialabbau und durch die Wohnungsnot in Israel – zu Nutznießern der palästinensischen Enteignung und Vertreibung. Ihre Umsiedlung in israelisches Kerngebiet ist faktisch nicht mehr möglich, auch weil es günstigen Wohnraum dort gar nicht mehr gibt. *»Die Fakten sprechen für sich«, schreibt die FAZ vom 2.5.2012, »Regierungsmitglieder brüsten sich damit, dass die Zahl der Siedler im Westjordanland in den vergangenen Monaten um 18 000 auf 360 000 gestiegen sei. Statt Siedlungen zu räumen, arbeitet das Kabinett daran, selbst diejenigen Siedlungen zu legalisieren, die ohne Genehmigung errichtet wurden. (...) Der Raum für einen lebensfähigen Palästinenserstaat wird von Tag zu Tag kleiner.«*

Auch Bergmann will in Wirklichkeit keine Rückgabe der durch den Siedlungsbau annektierten palästinensischen Dörfer und Ländereien, mit einem Argument, das noch einmal deutlich macht, wie sehr ethnisches und nicht das Denken von einem Klassenstandpunkt aus seine Argumentation bestimmt: *»Maximal 5 Prozent der Staatsbürger wohnen im besetzten Westjordanland. Nach ihren Erfahrungen in jüngster Zeit (Er verrät uns nicht, welche. Die Red.) wollen sie nicht als ethnische Minderheit unter fremder Herrschaft leben.«* (ebd., S. 26)

Das heißt einer ethnischen Trennungslinie das Wort zu reden, die sich materialisiert in einer Mauer, die »Juden« und »Araber« voneinander trennt.

Konsequenterweise hält Bergmann, da er ein gleichberechtigtes Zusammenleben von »Juden« und »Arabern« ausschließt, einen gemeinsamen, binationalen Staat für völlig abwegig. Die Befürworter einer solchen Idee befänden sich in äußerst fragwürdiger Nähe mit dem konterrevolutionären, antikommunistischen, theokratischen Regime im Iran und mit der Hamas. Außerdem unterstütze das Infragestellen eines jüdischen Staates den Antisemitismus. (ebd. S.26, S.72, S.73) Dies sind natürlich »Totschlagargumente«, die den Verfasser in die Nähe der »Antideutschen« rücken lassen (von denen er sich an anderer Stelle

distanziert), denn auch die Antideutschen ersticken jede Kritik am Zionismus mit dem Etikett »antisemitisch«.

Dabei müssten sich doch gerade Kommunisten dafür einsetzen, dass sich der »jüdische« Staat, der qua Definition alle Nicht-Juden zu Bürgern zweiter Klasse macht, zu einem Staat aller Bürger, die dort leben, wandelt. In einem Staat, der sich rein ethnisch definiert, werden die tatsächlichen Klassenwidersprüche verwischt zugunsten von ethnischen Trennungslinien. So gelingt es der herrschenden Klasse in Israel immer wieder, die Unzufriedenheit von Teilen der Bevölkerung, die sich am wachsenden Sozialabbau, an den Privatisierungen und an der hohen Arbeitslosigkeit entzündet, in Hass gegen »die Araber« umzulenken. Die »jüdische Volksgemeinschaft« muss sozusagen zusammen gegen die arabische Bedrohung stehen – so die zionistische Ideologie, die Bergmann letztendlich auch vertritt. Wer nicht Teil dieser »Volksgemeinschaft« ist, wird diskriminiert. Ein Beispiel dafür ist die Tatsache, dass arabische Israelis auch nach der Eheschließung mit Partnern aus dem Westjordanland erst nach jahrelangen Überprüfungen und Genehmigungsverfahren zusammenleben dürfen. Aber auch dann bleiben diese ein überwachtes »Sicherheitsrisiko«, dürfen keinen Führerschein machen, erhalten keine Arbeitserlaubnis und sind so auch nicht sozialversichert. Palästinenser aus dem Gazastreifen, aus Syrien, Iran, dem Libanon und dem Irak haben überhaupt kein Recht auf Familienzusammenführung (FAZ, 17.01.12) Jüdische Familienzusammenführung ist sofort und unproblematisch realisierbar, nicht-jüdische Partner aus dem europäischen Ausland erhalten spätestens nach vier Jahren eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung mit Sozialversicherung und Arbeitserlaubnis.

Selbst eine formale »Gleichheit vor dem Gesetz« existiert also für arabische Staatsbürger nicht. Die Klage eines Knessetabgeordneten vor dem Obersten Gerichtshof wegen »Ungleichbehandlung« wurde zurückgewiesen: Begründung: *»weil es praktisch nur die israelischen Araber treffe (.....)«* (FAZ, ebd.) Aus dem israelischen Regierungslager gab es Lob für diese Entscheidung, denn es ginge ja auch um die Bewahrung des jüdischen Charakters des Staates.

Wer also wie Bergmann den jüdischen, zionistischen Charakter des Staates Israel verteidigt, muss dann auch die Diskriminierung und Ausgrenzung aller der Menschen in Kauf nehmen und verteidigen, die Nicht-Juden sind. Eine Friedenslösung wird der Verfasser auf diesem Wege nicht finden, denn diese ist überhaupt nur möglich auf der Basis von politischer und sozialer Gleichberechtigung.

Wie schrieb Isaac Deutscher schon 1954? *»Solange eine nationalistische Lösung des Problems verfolgt wird, sind Juden wie Araber dazu verdammt, sich in einem Teufelskreis von Haß und Rache zu bewegen. (...) Langfristig könnte eine Lösung jenseits von Nationalstaaten gefunden werden, vielleicht im erweiterten Rahmen einer Nahostföderation. Dann könnte Israel unter den arabischen Staaten eine Rolle spielen, die seinem bescheidenen Bevölkerungsanteil ebenso entspricht wie seinen bedeutenden intellektuellen und geistigen Ressourcen. (...) Für beide Seiten ist eine übernationale Organisation wie eine Nahost-Föderation noch reine Zukunftsmusik. Aber manchmal ist dies die einzige Musik, die anzuhören sich lohnt.«* (Isaac Deutscher, ebd. S. 77) ■

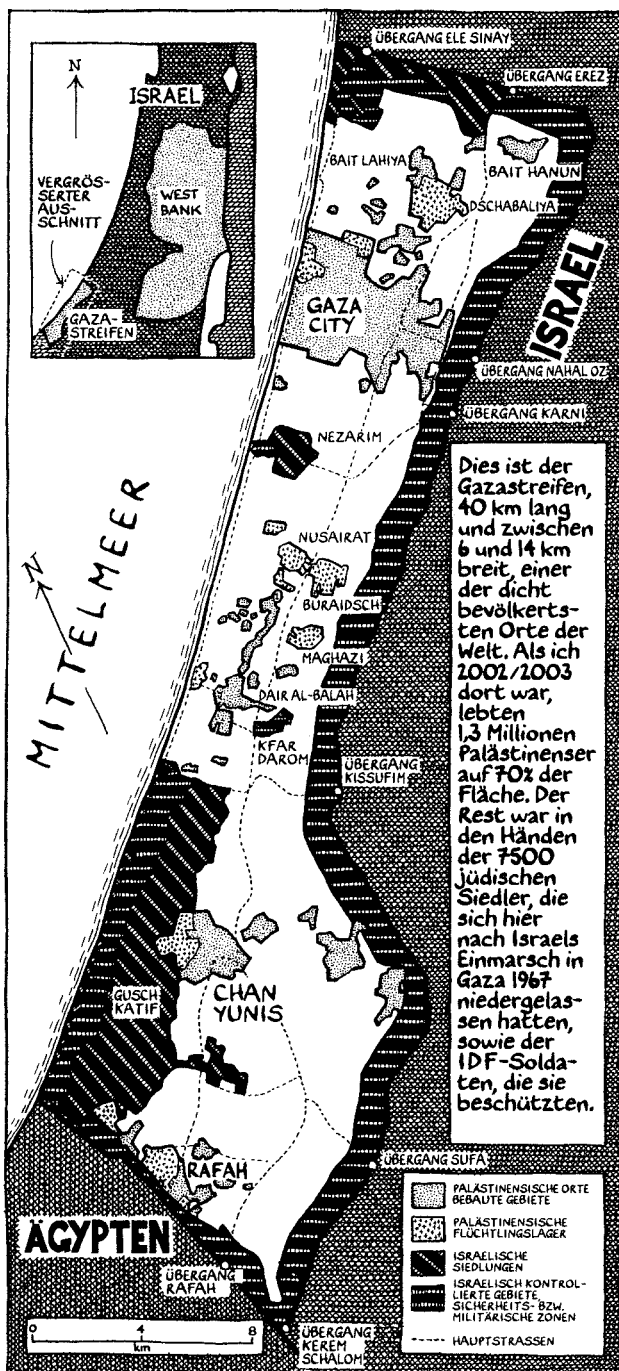
GAZA
 von Joe Sacco
 2011,
 Verlag Edition Moderne,
 Zürich.
 432 Seiten, 17 x 24 cm
 Klappbroschur
 34,- EUR
 www.editionmoderne.ch



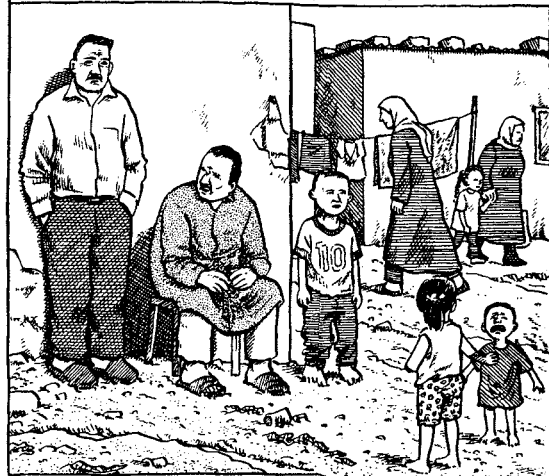
Buchbesprechung

Mit seinem ersten Buch »Palästina« (1992) hat Joe Sacco das Genre des Comic-Journalismus begründet. Getrieben von der Neugier, auch die Seite des Nahostkonflikts kennen zu lernen, die in den amerikanischen Medien stets übergangen wird, verbrachte Sacco 1991 zwei Monate in den besetzten palästinensischen Gebieten. Aus der Reise und den Begegnungen mit den unterschiedlichsten Menschen entstanden Bilder, die durch ihre Unmittelbarkeit und Eindringlichkeit bestechen. »Palästina« ist eine journalistische Do-

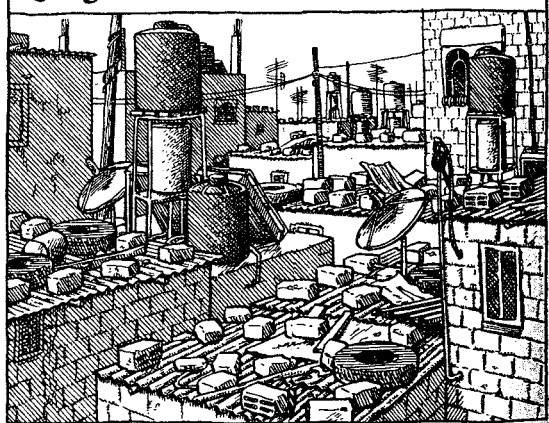
DER GAZA-STREIFEN



Die Arbeitslosigkeit unter den Palästinensern betrug hier um die 50%, etwa 70% lebten unter der Armutsgrenze von \$ 2 pro Tag.



Etwa zwei Drittel waren registrierte Flüchtlinge, Strandgut des Krieges von 1948. Die meisten von ihnen lebten in den acht größeren Lagern, die von der United Nations Relief and Work Agency UNRWA betreut werden.



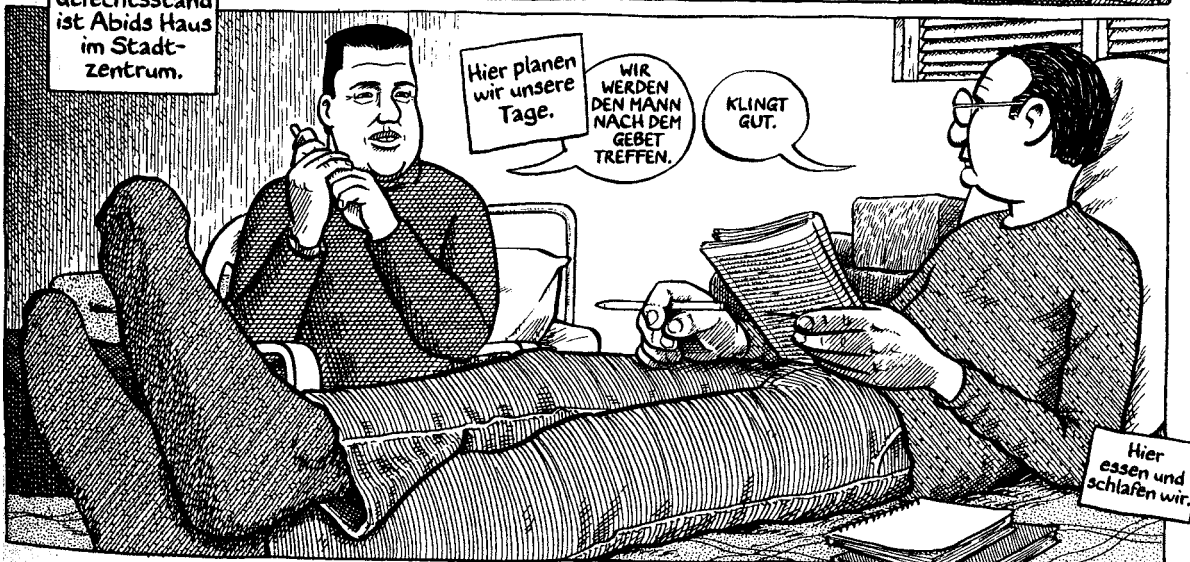
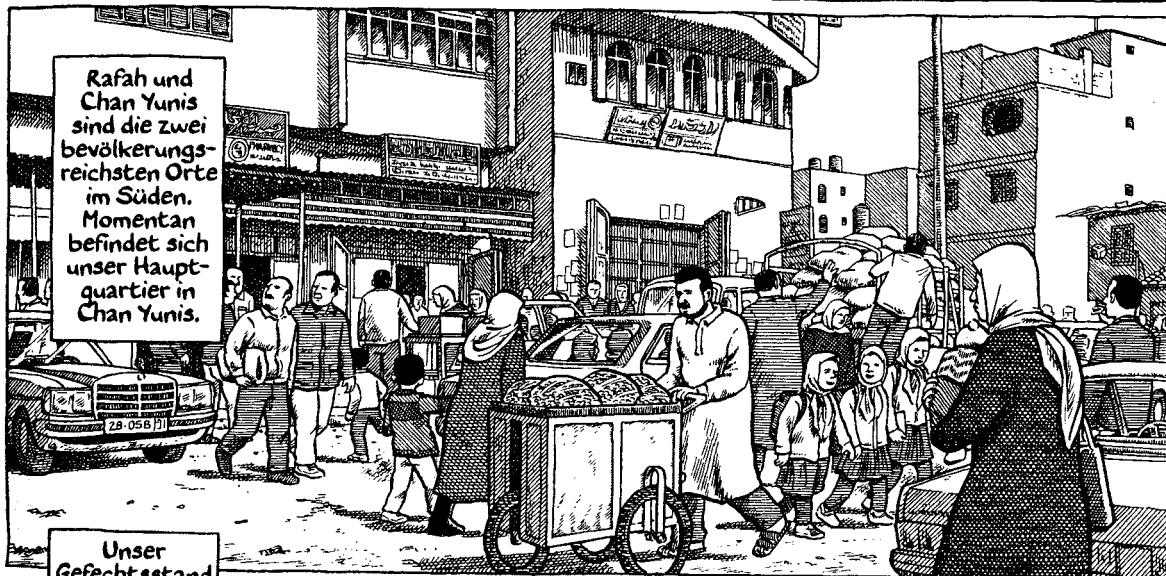
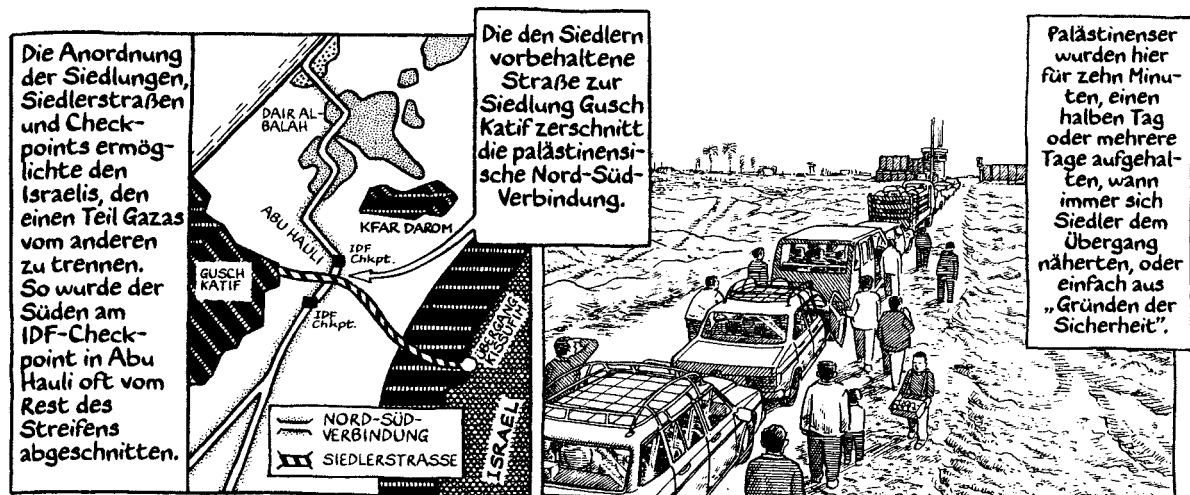
Alle Übergänge von und nach Gaza wurden von den Israelis streng überwacht.



J. SACCO 6-06

kumentation, die nach wie vor aktuell und dadurch äußerst beklemmend ist. In seinem neuen Buch »GAZA« (2010) greift der »zeichnende Journalist« zwei Massaker auf, die sich im **Herbst 1956** im Gaza-Streifen ereigneten. Die Israelische Armee hatte dieses palästinensische Gebiet während des Suez-Krieges besetzt, weil sie dorthin geflüchtete ägyptische Soldaten verfolgte. Die zwei Massaker in **Chan Yunis** und **Rafah** durch die Israelis riefen seinerzeit keine große internationale Beachtung hervor.

Joe Sacco hatte bei seinen ersten Besuchen von diesen Ereignissen gehört und wollte nicht zulassen, dass diese Massaker aus dem historischen Gedächtnis einfach verschwinden. Er hat dann bei mehreren mehrmonatigen Besuchen im Gaza-Streifen erlebt, dass jüngere Leute ihn oft belächelt haben: Was nützte es ihnen, ihre Geschichte aufzuarbeiten, wenn jetzt, in diesem Augenblick, ihre Häuser zerstört wurden. Seine Antwort: »Die Palästinenser können sich nie dem Luxus hingeben, eine Tragödie zu verdauen, denn immer ist die nächste schon im Anmarsch. Aber Vergangenheit



und Zukunft sind Teil eines unerbittlichen Kontinuums«. Sacco wollte die Vorfälle untersuchen, weil sie »lehrreich sein könnten für alle, die verstehen möchten, warum und auf welche Art der Hass in die Herzen gesät worden ist . . .«

Sacco hat seine Rechercharbeit und seine Kontakte zu den noch lebenden Augenzeugen ausführlich dokumentiert. Sozusagen auf einer zweiten Ebene begleitet er die Darstellung der eigentlichen Massaker 1956 mit der Darstellung seiner journalistischen Tätigkeit in Chan Yunis und Rafah in der Zeit 2001 bis 2005. »In allen Reportagen ist es mir wichtig, dass der

Leser versteht, wie ich arbeite, wie ich an meine Informationen komme und damit umgehe, wie ich gewisse Anekdoten auswähle, andere verwerfe, wie ich die Glaubwürdigkeit meiner Informanten überprüfe und einschätze usw. Der Leser soll aber auch verstehen, dass die Widersprüche die Wahrheit der Geschichte an sich nicht infrage stellen.« Im weiteren Interview mit Christian Gasser in der NZZ antwortet Joe Sacco:

Frage: Sind Ihre Reportagen auch als Kritik an der Politik Israels zu verstehen?

Gewisse Leute werfen mir vor, auf Israel einzuprügeln. Diesen Vorwurf weise ich jedoch zurück, in »Gaza«



durchleuchte ich möglichst präzise ein historisches Ereignis, und das macht mich nicht zum Kritiker der einen oder anderen Seite.

Frage: Dennoch: Warum räumen Sie der israelischen Perspektive nicht mehr Platz ein?

Ich habe auch in Israel recherchiert, ich habe mit Historikern wie Benni Morris gesprochen, einem seriösen, politisch rechts stehenden Historiker, der die Vorfälle von 1956 im Gespräch freimütig als Massaker bezeichnet hat. Ich habe auch Offiziere und Soldaten aufge-

sucht, die vor Ort gewesen sein mussten, sich aber an nichts erinnerten. Ich habe israelische Forscher mit Recherchen in Archiven beauftragt. Es entpuppte sich jedoch als schwierig, an glaubhafte Informationen zu kommen und meine Mittel als Freelancer waren beschränkt. Nun hoffe ich, dass israelische Historiker dieser Geschichte aus ihrer Perspektive nachgehen.

Wo bleibt da die journalistische Objektivität?

Ich glaube nicht an die Objektivität, wie sie in amerikanischen Journalismus-Schulen gelehrt wird – ich glaube an Fairness. Wenn Sie Sachen sehen, die Ihnen



Überzeugungen widersprechen, dann müssen Sie sie zeigen. Natürlich vermittele ich in erster Linie eine palästinensische Perspektive, aber das heißt nicht, dass ich Partei ergreife oder ihre Rolle beschönige. Ehrlichkeit ist das Wichtigste«.

Frage: Indem Sie in »Gaza« auch Ihren Aufenthalt im Gaza-Streifen beschreiben, geben Sie auch ein akkurates Bild der gegenwärtigen Situation. Warum war Ihnen der Bezug zur Gegenwart so wichtig?

Die Vorfälle unterscheiden sich, aber Vergangenheit und Gegenwart reflektieren einander. Mir war es wichtig, dieses sichtbar zu machen. Dafür eignen sich Comics besonders gut, man kann ein Bild aus der Vergangenheit direkt einem Bild aus der Gegenwart gegenüberstellen – der Leser erfasst beide Bilder und damit beide Zeitebenen nahtlos mit einem einzigen Blick. Ich spiele gerne mit den Stärken des Comics. «.



* NACH DER MACHTÜBERNAHME DER HAMAS 2007 WAR AUCH DIESE OPTION VERLOREN. ISRAEL SCHLOSS DIE GRENZEN ZU GAZA.

Durch die verschiedenen Ebenen der Darstellung verschränkt sich die erzählte Vergangenheit mit der Gegenwart, in der erzählt und erfahren wird. Die Rolle der Aktiven, der alten Fedajin-Kämpfer, der jetzt illegal Lebenden, der Nutznießer der Internationalen Hilfsorganisationen, der Resignierten, Verzweifelten, die tägliche Entwürdigung und Entrechtung durch die Besatzungsmacht, die Unmöglichkeit für die allermeisten Menschen, in Gaza einer normalen Lohnarbeit nachzugehen, dies alles wird anhand

der dauernden Einbeziehung und Reflexion der Recherchetätigkeit von Joe Sacco sehr eindringlich geschildert. Wenn er Zweifel an der Glaubwürdigkeit von Zeugen hat, gibt er das zu erkennen. Die Zerstörung von palästinensischen Häusern in der Nähe der israelischen Grenzanlagen, die Auswirkungen auf das Leben der Bewohner, die mit dem militärischen Kampf gegen die Besatzungsmacht nichts zu tun haben wollen, das alles nimmt einen großen Raum ein, die Verzweiflung und die daraus folgende Radikali-



Hat Mahmud eine andere Wahl? Er muss eine Frau und fünf Kinder ernähren.

Und welche Wahl hätten die palästinensischen Flüchtlinge, die bei Israels Geburt ihre Häuser und ihr Land verloren hatten und nun im Sand von Gaza umher wanderten?

NEBENSCHAU-PLATZ

Über sie hieß es 1949 in einem Bericht des israelischen Außenministeriums: „Die Anpassungsfähigsten werden den Prozess der natürlichen Auslese überleben, andere werden dahinsiechen. Die meisten werden wohl zu menschlichen Wracks und sozialen Randfiguren, zu einem Teil der Ärmsten der arabischen Länder.“

Die Flüchtlinge waren landlos, hilflos und hungrig; sie überlebten dank dürftiger Almosen. Die Männer waren arbeitslos.



Unterdessen reiften auf ihren zurückgelassenen Feldern die Feldfrüchte. In den Vorratskammern ihrer Häuser gab es Öl und Mehl. Und all das lag nur wenige Stunden Fußmarsch entfernt.



Aber jetzt gehörte es den Israelis.

sierung von Jugendlichen, die dann zu Selbstmordattentätern werden, ist unmittelbar nachvollziehbar.

Die Rolle der Entscheidungsträger auf der israelischen Seite; Ben Gurion, Moshe Dajan, ebenso der Einfluss von US-Politikern, des ägyptischen Präsidenten Nasser, die Suez-Krise, wird in erläuternden Bildtexten knapp dargestellt und mit wenigen Zeichnungen illustriert.

Auch die politische Situation zur Zeit der Recherche-Besuche von Joe Sacco fließt in die Darstellung mit ein, wenn z.B. die Nachricht unter den Palästinensern umläuft, dass die amerikanische »Internationalistin« Rachel Corrie bei dem Versuch, die Zerstörung der Häuser im Grenzbereich zu Israel zu verhindern, getötet wurde.

Insgesamt ist das Buch in mehrere Episoden aufgeteilt, Am Ende des Bandes werden Dokumente aus



israelischen Archiven und Aussagen von israelischen Interview-Partnern dokumentiert.

Joe Sacco, der als Reportagezeichner für »Time Magazin«, »The Guardian« und »New York Sunday Magazine« arbeitet, hielt sich zwischen Ende 1995 und Anfang 1996 mehrmals in der UN-Schutzzone im bosnischen Gorazde auf. Seine Erlebnisse dort veröffentlichte er im Jahr 2000 als gezeichnete Reportage in dem Buch »Safe Area Gorazde« (2010 unter

dem Titel »Bosnien« auf Deutsch erschienen). danach veröffentlichte er zwei weitere Bücher zum Krieg in Bosnien. Sacco hat seinen Zeichenstil deutlich weiterentwickelt, er arbeitet viel mit Schraffuren, mit denen er die hellsten Bilder aus der Sinai-Wüste bis zu Nachtbildern ohne jedes Licht darstellen kann. Alle für den Gang der Geschichte wichtigen Figuren sind differenziert dargestellt – bis auf seine Person selbst, die er deutlich als comic-Figur auftreten

Israels Entschlossenheit, gegen Eindringlinge hart vorzugehen, wurde noch bestärkt, als es immer wieder zu Morden an Juden kam. Bis 1956 hatten ca. 300 jüdische Zivilisten ihr Leben verloren.



In Jerusalem treffe ich Mordechai Bar-On, den früheren Büroleiter von General Mosche Dajan, der in den Fünfzigerjahren Generalstabschef der israelischen Armee war.

Bar-On, jetzt als Historiker tätig, erklärt mir die Politik der Vergeltungsschläge, mit der Israel auf die Infiltration und die Morde reagierte.

DIE LOGIK DER VERGELTUNGSSCHLÄGE BERUHT HAUPTSÄCHLICH AUF ABSCHRECKUNG.

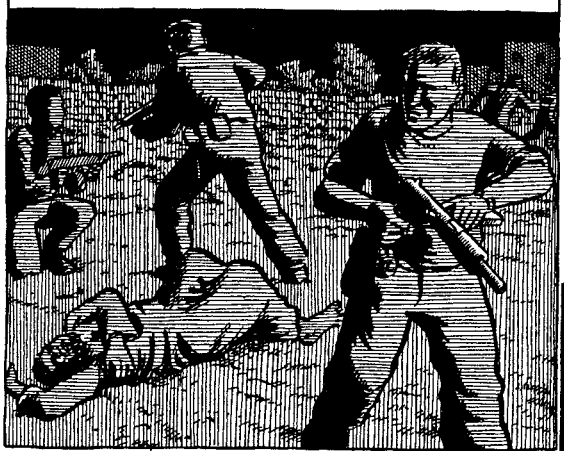


DIE WICHTIGSTE ÜBERLEGUNG DABEI IST, DER GEGENSEITIGEN VERLUSTE ZUZUFÜGEN. SEIEN ES ZIVILISTEN ODER MILITÄRS.

ES GEHT DARUM, POLIZEI UND ARMEE DES GEGNERS ZU ZWINGEN, GEGEN DIE EINDRINGLINGE VORZUGEHEN.



Israel griff anfangs hart gegen palästinensische Zivilisten durch, um die Araber zu zwingen, ihre Grenzen zu schließen.



Dieses Vorgehen gipfelte 1953 in einem von Major Ariel Scharon angeführten Überfall auf das Westjordanland, als Vergeltung für die Morde an einer jüdischen Frau und zwei ihrer Kinder.

Scharons Befehl lautete „maximale Tötung“ im Dorf Qibya.



läßt und durch diese Distanz eine gewisse Selbstironie einbringt. Der Lebensalltag und die Umgebung der interviewten Menschen werden bis ins kleinste Detail sehr differenziert gezeichnet, die Bildfolgen und Ausschnitte sind weniger als in fiktionalen Comics dynamisiert, geöffnet und mit ungewöhnlichen Sichtachsen aufgeheizt, der von Sacco gewählte sparsame Einsatz solcher klassischen Comic-Mittel wird dem Thema gerecht. Die deutsche Übersetzung der Texte soll laut »Spiegel« ausgezeichnet sein, die Schrift zumindest ist in diesem Buch sehr gut lesbar.

Das hier vorgestellte Buch »Gaza« ist 2011 auf Deutsch erschienen. Schon für die englischsprachige Ausgabe, an der Sacco ca. fünf Jahre zeichnete, erhielt er mehrere Preise, die deutsche Ausgabe wurde zuletzt im Juni 2012 im Comic Salon Erlangen als »best internationaler Comic« ausgezeichnet. Sacco arbeitet zur Zeit an einem Buch über die Armut in den Vereinigten Staaten.

Wir danken dem Verlag Edition Moderne Zürich für die Gewährung der Abdruckrechte einiger Seiten.

Juni 2012 ■

